

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur

Erbauung und Belehrung.



Erscheint wöchentlich mit Approbation des hochw. Bisthofs Pascal von Saskatchewan und des hochw. Erzbischofes Langevin von St. Boniface und wird herausgegeben von den Benediktiner-Vätern vom St. Peters-Priorat, Münster, Sask., Canada.

„Daß in Allem Gott verherrlicht werde.“ (Regel des hl. Benedikt).

2. Jahrgang.

Münster, Sask., Donnerstag, den 21. Dezember 1905.

No. 43

Das Wahleresultat.

Wie vorauszusehen war, erlitten die Provinzrechtler unter Haultains Führung am 13. Dezember eine Niederlage, trotz dem Haultain selbst vor dem Neufürsten nicht zurückschreckte, ja, selbst den religiösen Fanatismus ins Feld führte, um sich den Sieg zu sichern.

Soweit bisher bekannt, erkämpften sich die Liberalen 16 Siege in der Legislatur, während die Provinzrechtler 9 erhielten. In einigen Bezirken ist jedoch das Resultat noch einigermaßen zweifelhaft. Die Liberalen beanspruchen den Sieg in den Wahlkreisen Battledore, Batoche, Cannington, Humboldt, Lumsden, Moose Jaw (Land), Nord-Du'Appelle, Prince Albert (Stadt), Prince Albert (Land), Redberry, Süd-Regina, Rosethorn, Saltcoats, Saskatoon, Yorkton und Kinitino. Den Provinzrechtlern sind die Siege Grenfell, Maple Creek, Moose Jaw (Stadt), Moosomin, Süd-Du'Appelle, Regina (Stadt), Souris, Whitewood und Wolseley zugefallen.

Alle Mitglieder des Kabinetts wurden erwählt. Auch Haultain erhielt eine große Majorität in seinem Distrikt. Der deutsche Kandidat, Herr Gerhard Ens (lib.) von Rosethorn wurde mit einer Mehrheit von 328 Stimmen erwählt. Herr Grant, der liberale Kandidat von Batoche erhielt mehr als eine Zweidrittel-Mehrheit. Sein Gegner verliert daher sein Depositum. Von den auswärtigen Punkten der Wahlkreise Kinitino und Prince Albert (Land) sind noch nicht alle Berichte eingegangen. Da die Stimmenzahl in denselben ziemlich gleichmäßig verteilt ist, so ist es möglich, daß die Provinzrechtler einen oder beide dieser Kreise bekommen.

Ein Faktor, welcher einige Unsicherheit verursacht, sind die sog. „contested votes.“ Nach dem jetzt in der Provinz bestehenden Wahlgesetz gibt es nämlich keine Registration der Wähler. Dagegen kann die Stimme irgend eines Wählers von einem Wahlbeamten beanstandet werden. Der Stimmzettel des beanstandeten Wählers wird dann in ein mit seinem Namen nebst Adresse versehenes Couvert getan, welches dann versiegelt und in den Stimmkasten gelegt wird. Der betreffende Wähler wird dann aufgefordert, an einem bestimmten Tage sich mit den nötigen Beweisen, daß er wahlberechtigt ist, einzufinden, worauf ein Wahlbeamter und ein Friedensrichter über seine Wahlberechtigung zu entscheiden haben. Fällt die Entscheidung zu seinen Gunsten aus, so wird sein Stimmzettel noch offiziell mitgezählt und der Wahlbeamte, welcher seine Stimme

beanstandet hatte, muß ihn für seinen Zeitverlust durch Zeugengeldentschädigen.

Es liegt auf der Hand, daß die Zählung dieser „contested votes“ in einigen Fällen das Wahleresultat ganz anders machen können, als es nach der ersten Zählung erschien. So z. B. hat Minister Lamont in Prince Albert (Stadt) nach der ersten Zählung eine Mehrheit von nur acht Stimmen. Dagegen sind 167 Stimmzettel „contested“, also noch ungezählt. In Regina hat der conservative Kandidat Laird eine Mehrheit von 19 Stimmen, allein ebenfalls 167 Stimmzettel sind „contested“. In Moose Jaw (Stadt), wo die Conservativen soweit einen Vorsprung von 52 Stimmen haben, muß noch über 238 Stimmzettel geurteilt werden, bevor sie gezählt werden können und in Moosomin ist die Zahl der beanstandeten Stimmen dreimal so groß als die Mehrheit des konservativen Kandidaten.

Es wird wohl unter diesen Umständen noch mindestens eine Woche vergehen, bevor das Wahleresultat endgültig bekannt sein wird. Soviel scheint jedoch sicher zu sein, daß die Liberalen über eine Mehrheit von mindestens 7 Stimmen in der Legislatur verfügen werden. In diesem Sinne hat sich auch Premier Scott zwei Tage nach der Wahl ausgedrückt. Er behauptet, sehr zufrieden mit dem Resultat der Wahl zu sein und ist überzeugt, daß die Liberalen einen so großen Sieg errangen, als nur irgend unter den Umständen zu erwarten war.

Die Zukunft Oesterreichs.

Unter den in der amerikanischen Presse spukenden politischen Phantasieprodukten nimmt der „Zerfall Oesterreichs“ eine hervorragende Stelle ein. Man hat sich in den Gedanken, daß die Tage des österreichischen Kaiserstaates gezählt seien, so vollständig verrammt, daß man gleichsam mit demselben aufsteht und mit ihm zu Bette geht. Was den Staat noch notdürftig zusammenhalte, sei die allgemeine Achtung, die der ehrwürdigen Gestalt des greisen Herrschers entgegengebracht werde. Aber nach seinem Tode werde der große „Kladderadatsch“ unfehlbar kommen und für diesen Fall ständen der deutsche Kaiser und der russische Czar bereit, die Trümmer der einst so stolzen Monarchie einzusammeln und ihren Ländergebietern anzugliedern. Selbstverständlich hat der Kaiser „die Teilung der österreichischen Lande vorgeschlagen.“ Wer es nicht glaubt, mag es sich vom „N. Y. Herald“ bestätigen lassen.

Das ist ungefähr der Gedankengang, der sich in den Depeschen und Zeitartikeln

der amerikanischen Blätter widerspiegelt, wenn von dem „unabwendbar gewordenen Zerfall Oesterreichs“ die Rede ist. Aber erfunden hat die amerikanische Presse das Märchen von dem drohenden Schicksal des österreichischen Kaiserstaates nicht, das hat die Londoner „Times“ für sie besorgt, die es in der Kunst, politische Phantasiegebilde zu konstruieren, zur Weltmeisterchaft gebracht hat. Daß man auch in Europa einmal auf den Zerfall Oesterreichs spekuliert hat, ist richtig. Allein diese Spekulation ging nicht von Deutschland aus, auch nicht von Rußland, sondern von England. Das war vor etwa fünf Jahren. Ob man gegenwärtig an der Thematik diesem Traume noch nachhängt, wissen wir nicht. Möglich wäre es schon, denn dort ist ja kein Ding unmöglich, namentlich nicht, wenn es sich um weitansschauende politische Spekulationen handelt.

Aus einer offiziös gefärbten Berliner Zuschrift an die Wiener „Zeit“ ersehen wir, daß damals von englischer und zwar nicht von einer direkt amtlichen, aber mit den amtlichen Kreisen in naher Beziehung stehenden Seite Deutschland das Anerbieten eines englisch-deutschen Bündnisses gemacht wurde für den Fall, daß Frankreich und Rußland bei einem Zerfall Oesterreichs in einen Krieg mit Deutschland geraten sollten. In diesem Falle wollte England mit Deutschland zusammengehen und ihm Beistand leisten. Deutschland hat damals auf das englische Anerbieten ohne weiteres verzichtet mit der Begründung, daß es an der Voraussetzung gänzlich fehle, da ein Zerfall Oesterreichs für absehbare Zeit nicht bevorstehe. Dieser Ansicht, so heißt es weiter, sei die deutsche Regierung auch heute noch. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland aus Gründen, die für jeden Urteilsfähigen auf der Hand lägen, einen Zerfall Oesterreichs nicht wünschen könne, spreche gegen die Annahme, daß es dazu kommen werde, auch die einfache und nüchterne Erwägung, daß jeder Teil der österreichischen Völkergemeinschaft zu schwach sei, um seine Unabhängigkeit zu behaupten und daß Oesterreichs Völker zu der Einsicht gelangen würden, daß für sie die Vereinigung unter Habsburgs Scepter die beste Lösung sei.

Der Berliner Gewährsmann der „Zeit“ hat sich wirklich ganz unnützerweise angestrengt. Es gibt keinen deutschen Staatsmann, der das englisch-amerikanische Phantasieprodukt von einem nahen Zerfall des österreichischen Staates ernst nimmt. Ein Staat, der die Kriege unter Ludwig XIV., die Kämpfe unter Maria Theresia, die Schläge, die Napoleon führte, der dies alles überstanden hat,

der hat wohl kaum Erschütterungen zu fürchten, die sich mit menschlichem Verstande vorhersehen lassen. Man darf nicht vergessen, daß die Herrscher der Monarchie, die Kriegsherren über eine Macht sind, die mit 1½ Millionen Streichern, 2000 Feldkanonen, 17 Schlachtschiffen und 11 Kreuzern einige Beachtung verdient. Wer aber gar darauf rechnen wollte, daß sich in diesem Heere nationale Differenzen entwickeln würden, der würde sich jedenfalls einer furchtbaren Enttäuschung aussetzen.

Allein solchen nüchternen Erwägungen ist die amerikanische Presse nun einmal nicht zugänglich. Die Londoner „Times“ hat ihr seit Jahr und Tag souffliert, mit Oesterreichs Machtstellung sei es „Matthäi am Leisten“, auf die Unterstützung dieses Bundesgenossen könne der deutsche Kaiser keine große Rechnung mehr machen und das hat ihr so gefallen, daß sie sich von dem schönen Gedanken, es werde wohl so sein, gar nicht mehr trennen kann. Nach dem Zusammenbruch in Rußland der Zusammenbruch in Oesterreich, dann kommt Deutschland an die Reihe und England triumphiert! Das ist das Programm, nach welchem hierzulande europäische Politik gemacht wird; aber glücklicherweise hat dieses Programm ein paar große Löcher und man braucht kein Prophet zu sein, um mit aller Bestimmtheit vorauszusagen zu können, daß die Dinge sich in etwas anderer Weise entwickeln werden. Bei diesem fortgesetzten Spekulieren auf politische Phantasiegebilde kann man sehr leicht zum Narren werden und manche unserer „Times“-Journalisten scheinen in diesen bedauerlichen Zustand bereits tief hinein geraten zu sein.

Aus Canada.

Saskatchewan.

In Rosethorn wurde Joh. Hamm per Akklamation zum Bürgermeister erwählt. Zu Councillors wurden: P. Washford, J. Hadney, Dr. McGregor und S. A. Dawson ebenfalls per Akklamation gewählt.

Der jüngste Sohn des Herrn Fritz Leib von Hednesford erlitt unlängst einen tödlichen Unfall. Der 18-jährige Sohn Karl war auf die Jagd gefahren und spät heimgekommen. Im Hause angelangt, erinnerte er sich, das geladene Gewehr auf den Wagen gelassen zu haben. Er schickte seinen zwölfjährigen Bruder nach dem Gewehr; dieser versuchte, dasselbe vom Wagen zu ziehen, dabei kam der Hahn gegen ein etwas vorstehendes Stütz-Brett, das Gewehr